

Zusammenfassung

Der erste Jahresbericht über den Zeitraum 1996/97 wurde im April 1999 ⁽¹⁾ vorgelegt und bildete die Antwort auf die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft ⁽²⁾ und die Entschließungen des Rates und des Europäischen Parlaments, nach der der Jahresbericht zusätzliche Informationen zu denjenigen im Jahresbericht der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts enthalten sollte.

Dieser zweite Jahresbericht erstreckt sich über den Zeitraum 1998-1999 und folgt auf den ersten Jahresbericht; er umfasst fünf Hauptbestandteile und enthält aktualisierte Informationen über den Stand der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft: die im Anschluss an die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft ergriffenen Maßnahmen; andere spezifische horizontale Aktionen; die während der Berichtszeit von IMPEL durchgeführten Arbeiten und sein Arbeitsprogramm für das Jahr 2000 sowie die Einzelheiten über die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der während der Berichtszeit umzusetzenden Umweltrichtlinien der Gemeinschaft. Er umfasst ferner das Umwelt-Kapitel des 16. Jahresberichts über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts ⁽³⁾.

Die Maßnahmen im Anschluss an die Mitteilung der Kommission über die Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft werden fortgesetzt: Der Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zur Festlegung von Mindestkriterien für Umweltinspektionen in den Mitgliedstaaten wurde von der Kommission im Dezember 1998 angenommen. Der Rat, der – ebenso wie die Kommission – die vom Europäischen Parlament vorgeschlagene Umgestaltung der Form des Vorschlags in eine Richtlinie abgelehnt hat, hat den gemeinsamen Standpunkt am 30. März 2000 angenommen.

Die Arbeit hinsichtlich der Förderung der Kenntnisse über das Umweltrecht der Gemeinschaft wurde mit der Ausbildung von Richtern und Anwälten und der Etablierung eines Pilotprojekts für Vorlesungen über das Umweltrecht der Gemeinschaft an fünf Hochschulen in verschiedenen Mitgliedstaaten (Dänemark, Italien, Frankreich, Belgien und Griechenland) fortgesetzt.

Andere spezifische Aktivitäten schlossen die Vereinfachung des Entwurfstextes des Weißbuches zur Umwelthaftung und die Mitteilung, dass die Ausarbeitung einer Rahmenrichtlinie das letzte Ergebnis der Beratungen über das Weißbuch sein könnte, ein. 1998 wurde auch das UN-ECE-Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Beschlussfassung und den Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten (Überein-

⁽¹⁾ SEK(1999) 592 vom 27.4.1999.

⁽²⁾ KOM(96) 500 endg. vom 22.10.1996.

⁽³⁾ KOM(1999) 301 endg. vom 9.7.1999.

kommen von Århus) in Århus, Dänemark, unterzeichnet. Alle Mitgliedstaaten haben dieses Übereinkommen unterzeichnet, und die Arbeit bezüglich der Vorbereitung der Ratifizierung schreitet schnell voran. Die Europäische Gemeinschaft hat das Übereinkommen ebenfalls unterzeichnet; bevor die Gemeinschaft das Übereinkommen ratifizieren kann, muss sie gewährleisten, dass alle einschlägigen Vorschriften der Gemeinschaft den Bestimmungen des Übereinkommens entsprechen. Unter diese Arbeit fällt auch die Überarbeitung der Richtlinie 90/313/EWG über den freien Zugang zu Informationen über die Umwelt.

Die Generaldirektion Umwelt ist verpflichtet zu gewährleisten, dass die Information über ihre Aktivitäten weitreichend verfügbar ist. Der Zweite Jahresbericht führt die verschiedenen die Arbeit der Generaldirektion Umwelt betreffenden Veröffentlichungen, die 1998 und 1999 erschienen sind, auf.

Im Dezember 1998 hat die Kommission eine Mitteilung mit dem Titel „Die Überprüfungsklausel: Umwelt- und Gesundheitsstandards, vier Jahre nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union“ angenommen. Sie zeigt, dass der in den Beitrittsverträgen dieser drei Länder vorgesehene Überprüfungsprozess zu höheren Gesundheits- und Umweltschutzstandards in der Europäischen Gemeinschaft geführt hat.

Arbeiten, die von IMPEL durchgeführt wurden: Seit dem letzten Jahresbericht hat IMPEL (das Netzwerk der Europäischen Union zur Durchführung und Durchsetzung des Umweltrechts) seine Struktur rationalisiert, und viele seiner längerfristigen Projekte wurden fertig gestellt. Dies hat eine Bewertung der unternommenen Arbeiten ermöglicht. Die größte Leistung war zweifellos die Arbeit im Zusammenhang mit der Umweltaufsicht. Auch die eher praktischen Projekte, die unternommen wurden, können als Erfolg betrachtet werden. Die Kommission ist zu dem Schluss gekommen, dass die Kofinanzierung des Netzwerkes durch die Kommission fortgesetzt werden sollte.

Der Zweite Jahresbericht nennt wieder diejenigen **Richtlinien im Umweltbereich, die von den Mitgliedstaaten 1998 und 1999 umgesetzt hätten werden sollen**, zusammen mit Einzelheiten zu den nationalen Umsetzungsmaßnahmen. Er zeigt auch die Mitgliedstaaten auf, die es unterlassen haben, die einschlägigen Richtlinien fristgerecht umzusetzen.

Um eine umfassende Referenzarbeit im Zusammenhang mit der Anwendung des Umweltrechts der Gemeinschaft zu liefern, enthält der Jahresbericht schließlich als Anhang das den Umweltbereich betreffende Kapitel des **16. Jahresberichts über das Monitoring bezüglich der Anwendung des Gemeinschaftsrechts**.

In diesem Jahresbericht werden keine neuen Strategien festgelegt, und er hat dementsprechend die Form einer Arbeitsunterlage der Dienststellen der Kommission.

Die Kommission hofft, dass dieser zweite Jahresbericht zur Verbesserung des Bewusstseins und der Transparenz im Bereich der Durchführung des Umweltrechts der Gemeinschaft in den Mitgliedstaaten beiträgt und als Beispiel dafür dient, wie die Kommission mit dem Beistand der wichtigsten Beteiligten die bedeutendsten Anregungen der Mitteilung von 1996 in die Praxis umsetzt, damit sich alle wichtigen Akteure weiterhin voll für die Verbesserung der Umwelt einsetzen können.